

2086 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Ausgedruckt am 15. 10. 1999

Regierungsvorlage

VERTRAG

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung von Kanada über die Auslieferung

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung von Kanada, nachfolgend "die Vertragsparteien" genannt,

Von dem Wunsche geleitet, die Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung zu verbessern und die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf dem Gebiet der Auslieferung zu erleichtern,

In erneuter Bekräftigung der gegenseitigen Achtung ihrer Rechtsordnung und ihrer Rechtspflegeeinrichtungen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Auslieferungsverpflichtung

Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander nach den Bestimmungen dieses Vertrages Personen auszuliefern, deren Auslieferung zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Verhängung oder Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer anderen die Freiheit beschränkenden Maßnahme wegen einer auslieferungsfähigen strafbaren Handlung begehrt wird.

Artikel 2

Auslieferungsfähige strafbare Handlungen

(1) Im Sinne dieses Vertrages wird die Auslieferung wegen eines solchen Verhaltens bewilligt, welches nach dem Recht beider Vertragsparteien eine strafbare Handlung darstellt, die mit Freiheitsstrafe oder einer anderen die Freiheit beschränkenden Maßnahme im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder mit strengerer Strafe bedroht ist. Betrifft das Auslieferungersuchen eine wegen einer solchen strafbaren Handlung verurteilte Person, um deren Auslieferung zum Zweck der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer anderen freiheitsbeschränkenden Maßnahme ersucht wird, so wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn die Dauer der noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe oder freiheitsbeschränkenden Maßnahme mindestens sechs Monate beträgt.

(2) Wird die Auslieferung wegen einer in Absatz 1 beschriebenen strafbaren Handlung bewilligt, so kann sie auch wegen anderer nach dem Recht beider Vertragsparteien strafbarer Handlungen bewilligt werden, die auf Grund der Strafdrohung oder der Dauer der verhängten und noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe nach diesem Vertrag nicht Anlaß zu einer Auslieferung geben könnten.

(3) Im Sinne dieses Artikels:

- a) ist eine strafbare Handlung ungeachtet dessen auslieferungsfähig, ob das Recht der Vertragsparteien sie derselben Kategorie strafbarer Handlungen zuordnet oder mit denselben Begriffen bezeichnet;
- b) wird bei der Entscheidung, ob ein Verhalten im ersuchten Staat eine auslieferungsfähige strafbare Handlung darstellt, auf die Gesamtheit der der auszuliefernden Person zur Last gelegten Handlungen oder Unterlassungen Bedacht genommen und es kommt nicht darauf an, ob nach dem Recht beider Vertragsparteien die strafbare Handlung dieselben Tatbestandsmerkmale enthält.

(4) Die Auslieferung kann unabhängig davon bewilligt werden, wann die strafbare Handlung, derentwegen die Auslieferung begehrt wird, begangen wurde, vorausgesetzt, daß das Verhalten:

- a) im Zeitpunkt, in dem es gesetzt wurde, nach dem Recht des ersuchenden Staates eine strafbare Handlung darstellte; und
- b) im Falle, daß es im Zeitpunkt der Stellung des Auslieferungsersuchens im ersuchten Staat gesetzt worden wäre, nach dem Recht dieses Staates eine strafbare Handlung dargestellt hätte.

(5) Ist die strafbare Handlung außerhalb des Hoheitsgebietes des ersuchenden Staates begangen worden, so wird die Auslieferung bewilligt, wenn die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Staatsangehöriger des ersuchenden Staates ist oder nach dem Recht des ersuchten Staates eine Gerichtsbarkeit für eine außerhalb seines Hoheitsgebietes unter gleichartigen Umständen begangene strafbare Handlung gegeben ist. Wenn das Recht des ersuchten Staates dies nicht vorsieht, kann der ersuchte Staat die Auslieferung nach seinem Ermessen bewilligen.

(6) Eine strafbare Handlung im Zusammenhang mit der Verletzung von Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenbestimmungen (fiskalische strafbare Handlung) stellt eine auslieferungsfähige strafbare Handlung dar. Sofern das dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegende Verhalten im ersuchten Staat eine strafbare Handlung darstellt, kann die Auslieferung nicht aus dem Grund abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates nicht dieselbe Art von Abgaben oder Steuern vorsieht oder keine Abgaben-, Steuer-, Zoll- oder Devisenbestimmungen derselben Art enthält, wie sie das Recht des ersuchenden Staates vorsieht.

Artikel 3

Ablehnungsgründe

(1) Die Auslieferung wird in folgenden Fällen nicht bewilligt:

- a) wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, vom ersuchten Staat als politische strafbare Handlung angesehen wird. Die vollendete oder versuchte vorsätzliche Tötung eines Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes seiner Familie wird nicht als politische strafbare Handlung angesehen;
- b) wenn ernstliche Gründe für die Annahme vorliegen, daß das Auslieferungsersuchen wegen einer nach gemeinem Recht strafbaren Handlung gestellt worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität oder politischen Anschauungen zu verfolgen oder zu bestrafen;
- c) wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, eine ausschließlich militärische strafbare Handlung darstellt;
- d) wenn wegen der strafbaren Handlungen, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, im ersuchten Staat ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist; oder
- e) wenn die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates aus dem Grunde der Verjährung nicht mehr verfolgt oder bestraft werden kann.

(2) Die Auslieferung kann in folgenden Fällen abgelehnt werden:

- a) wenn die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Staatsangehöriger des ersuchten Staates ist. Wenn der ersuchte Staat die Auslieferung eines seiner Staatsangehörigen ablehnt, wird er den Fall über Ersuchen des anderen Staates den zuständigen Behörden unterbreiten, damit ein Verfahren zur Verfolgung der Person wegen aller oder einzelner strafbarer Handlungen, derentwegen um Auslieferung ersucht wurde, eingeleitet werden kann;
- b) wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegt und dieser ein Strafverfahren einleiten wird;
- c) wenn die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht ist;
- d) wenn die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, in Abwesenheit verurteilt wurde; oder
- e) wenn wegen der strafbaren Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, in einem dritten Staat ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist, vorausgesetzt daß:
 - i) das im Tatortstaat erlassene Urteil zu einem Freispruch führte; oder
 - ii) die verhängte Freiheitsstrafe oder die andere die Freiheit beschränkende Maßnahme zur Gänze verbüßt wurde oder Gegenstand einer Begnadigung oder Amnestie war.

Artikel 4

Geschäftsweg

Ersuchen um Auslieferung und die nachfolgende Korrespondenz werden im Wege der Justizministerien der Vertragsparteien übermittelt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

2086 der Beilagen

3

Artikel 5**Ersuchen und Unterlagen**

(1) Ersuchen um Auslieferung werden schriftlich gestellt. Dem Ersuchen sind in allen Fällen beizufügen:

- a) Angaben über die Beschreibung, die Identität, den Aufenthaltsort und die Staatsangehörigkeit der auszuliefernden Person; und
- b) der Text der auf die strafbare Handlung anwendbaren Gesetzesbestimmungen des ersuchenden Staates, einschließlich jener über die Verjährung und, wenn die strafbare Handlung außerhalb des Hoheitsgebietes des ersuchenden Staates begangen wurde, jene Gesetzesbestimmungen, auf die sich die Gerichtsbarkeit gründet.

(2) Wenn die Person wegen einer strafbaren Handlung angeklagt ist oder zur Strafverfolgung gesucht wird, sind dem Ersuchen beizufügen:

- a) die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift des Haftbefehls oder jeder anderen Urkunde mit gleicher Rechtswirkung, welche von einem Richter des ersuchenden Staates ausgestellt wurde; und
- b) falls das Recht des ersuchten Staates dies verlangt, Beweismittel, die die Versetzung der gesuchten Person in den Anklagestand rechtfertigen würden, wenn das Verhalten im ersuchten Staat gesetzt worden wäre. Zu diesem Zweck ist eine Sachverhaltsdarstellung, welche die Beweismittel, einschließlich jener über die Identität des Beschuldigten, anführt, als Beweis für die darin enthaltenen Angaben zugelassen, sofern der Richter oder Staatsanwalt, von dem sie stammt, bescheinigt, daß die in der Sachverhaltsdarstellung angeführten Beweismittel gemäß dem Recht des ersuchenden Staates erlangt wurden. Die Sachverhaltsdarstellung kann Berichte, Erklärungen, Reproduktionen oder sonstige dienliche Unterlagen enthalten. Die Sachverhaltsdarstellung kann Beweismittel enthalten, die im ersuchenden Staat oder anderswo erhoben wurden, und wird unabhängig davon als Beweis zugelassen, ob sie sonst nach dem Recht des ersuchten Staates als Beweis zugelassen werden könnte.

(3) Wenn die Person zur Vollstreckung eines Urteils begehrt wird, sind dem Ersuchen beizufügen:

- a) eine beglaubigte Abschrift des Urteils und eine Bestätigung, daß es rechtskräftig und verbindlich ist;
- b) eine Beschreibung des Verhaltens, welches der Verurteilung zugrunde liegt, sofern diese nicht bereits im Urteil oder im Haftbefehl enthalten ist; und
- c) wenn das Urteil nur den Schuldspruch enthält, einen von einem Richter des ersuchenden Staates erlassenen Haftbefehl; oder
- d) wenn das Urteil sowohl den Schuldspruch als auch den Strafausspruch enthält, die Angabe, welcher Teil der Strafe noch nicht verbüßt worden ist.

(4) Alle nach diesem Vertrag übermittelten Unterlagen müssen in einer der offiziellen Sprachen des ersuchten Staates abgefaßt oder mit einer Übersetzung in eine dieser Sprachen versehen sein. Jede Übersetzung der zur Unterstützung eines Auslieferungsersuchens übermittelten Unterlagen wird für alle Zwecke im Auslieferungsverfahren zugelassen.

(5) Alle Unterlagen und beglaubigten Abschriften davon, die zur Unterstützung eines Auslieferungsersuchens übermittelt werden und offensichtlich von einem Richter, Staatsanwalt oder einer anderen Justizbehörde des ersuchenden Staates beglaubigt oder ausgestellt wurden, werden im Auslieferungsverfahren im ersuchten Staat als Beweismittel zugelassen, auch wenn sie nicht unter Eid oder als eidesstattliche Erklärung abgegeben wurden, und ohne Nachweis der Unterschrift oder der amtlichen Eigenschaft dessen, der sie offensichtlich unterschrieben hat.

(6) Unterlagen, die zur Unterstützung eines Auslieferungsersuchens übermittelt werden, bedürfen keiner weiteren Beglaubigung.

Artikel 6**Ergänzende Information**

Wenn der ersuchte Staat der Auffassung ist, daß die zur Unterstützung eines Auslieferungsersuchens übermittelten Unterlagen für eine Entscheidung nach diesem Vertrag nicht ausreichend sind, ersucht er um Übermittlung ergänzender Information innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist.

Artikel 7

Vereinfachte Auslieferung

(1) Die Auslieferung einer Person kann nach den Bestimmungen dieses Vertrages auch dann bewilligt werden, wenn die Voraussetzungen nach Artikel 5 Absätze 1, 2 und 3 nicht erfüllt sind, sofern sich die betroffene Person mit der Auslieferung einverstanden erklärt.

(2) Artikel 13 findet in einem solchen Fall Anwendung, es sei denn, daß der ersuchte Staat vor der Übergabe erklärt, auf die Einhaltung des Grundsatzes der Spezialität zu verzichten.

Artikel 8

Vorläufige Auslieferungshaft

(1) In dringenden Fällen kann eine Vertragspartei um die vorläufige Verhaftung der gesuchten Person entweder durch Vermittlung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) oder auf dem in Artikel 4 vorgesehenen Weg ersuchen. Das Ersuchen kann durch jedes Nachrichtenmittel, das Schriftspuren hinterläßt, übermittelt werden.

(2) Das Ersuchen um vorläufige Verhaftung umfaßt:

- a) Angaben über die Identität und gegebenenfalls die Nationalität und den möglichen Aufenthaltsort der gesuchten Person sowie eine Personenbeschreibung;
- b) eine Erklärung, wonach um Auslieferung ersucht werden wird;
- c) die Bezeichnung der strafbaren Handlung unter Angabe von Tatzeit und Tatort sowie eine kurze Sachverhaltsdarstellung;
- d) eine Erklärung, wonach ein Haftbefehl erlassen oder ein Urteil verkündet wurde, unter Angabe von Zeit, Ort und ausstellender Behörde;
- e) eine Erklärung über die Höchstdauer des Freiheitsentzuges, der angeordnet werden kann oder angeordnet wurde und gegebenenfalls noch zu verbüßen ist.

(3) Nach Erhalt eines Ersuchens um vorläufige Verhaftung ergreift der ersuchte Staat nach seinem Recht die erforderlichen Maßnahmen, um die Verhaftung der gesuchten Person zu veranlassen, und unterrichtet den ersuchenden Staat unverzüglich über das Ergebnis seines Ersuchens.

(4) Die vorläufige Haft wird aufgehoben, wenn der ersuchte Staat das Auslieferungsersuchen nicht innerhalb von sechzig (60) Tagen nach der Verhaftung der gesuchten Person erhalten hat. Die Behörden des ersuchten Staates können diesen Zeitraum für das Einlangen der in Artikel 5 erwähnten Unterlagen verlängern, sofern dies nach ihrem Recht zulässig ist. Ungeachtet dessen kann die gesuchte Person jederzeit unter solchen Bedingungen enthaftet werden, die für notwendig erachtet werden, um sicherzustellen, daß sie nicht flüchtet.

(5) Der Ablauf des in Absatz 4 erwähnten Zeitraumes steht der Verhaftung und Auslieferung nicht entgegen, wenn das Auslieferungsersuchen später einlangt

Artikel 9

Mehrheit von Auslieferungsersuchen

(1) Wird von zwei oder mehreren Staaten um die Auslieferung derselben Person ersucht, so entscheidet der ersuchte Staat, an welchen dieser Staaten die Person ausgeliefert wird und benachrichtigt die ersuchenden Staaten von seiner Entscheidung.

(2) Bei der Entscheidung darüber, an welchen Staat eine Person ausgeliefert werden soll, berücksichtigt der ersuchte Staat alle maßgeblichen Umstände, insbesondere die verhältnismäßige Schwere der strafbaren Handlungen, falls sich das Ersuchen auf verschiedene Straftaten bezieht, Zeit und Ort ihrer Begehung, die Zeitpunkte der Auslieferungsersuchen, die Staatsangehörigkeit der Person, ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort und die Möglichkeit der Weiterlieferung an einen dritten Staat.

Artikel 10

Entscheidung und Übergabe

(1) Sobald eine Entscheidung über das Auslieferungsersuchen vorliegt, setzt der ersuchte Staat den ersuchenden Staat von dieser Entscheidung in Kenntnis. Jede vollständige oder teilweise Ablehnung der Auslieferung ist zu begründen.

(2) Wird die Auslieferung bewilligt, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat über die Dauer der von der gesuchten Person in Auslieferungshaft verbrachten Zeit.

2086 der Beilagen

5

(3) Wird die Auslieferung bewilligt, so übergibt der ersuchte Staat die Person an einem dem ersuchenden Staat genehmen Übergabeort im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates.

(4) Der ersuchende Staat übernimmt die Person innerhalb eines vom ersuchten Staat zu bestimmenden angemessenen Zeitraumes. Wird die Person nicht innerhalb dieses Zeitraumes übernommen, kann der ersuchte Staat die Auslieferung wegen derselben strafbaren Handlung ablehnen.

(5) Wird die Übergabe oder Übernahme der gesuchten Person durch höhere Gewalt verhindert, so hat die betroffene Vertragspartei die andere Partei davon in Kenntnis zu setzen. Die Vertragsparteien vereinbaren einen neuen Übergabezeitpunkt und die Bestimmungen des Absatzes 4 finden Anwendung.

Artikel 11**Aufgeschobene oder zeitweilige Übergabe**

(1) Wenn gegen die gesuchte Person im ersuchten Staat wegen einer anderen als der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlung ein Strafverfahren anhängig ist oder diese eine wegen einer solchen strafbaren Handlung verhängte Freiheitsstrafe verbüßt, so kann der ersuchte Staat, nachdem er über das Auslieferungsersuchen entschieden hat, die Person übergeben oder die Übergabe bis zur Beendigung des Strafverfahrens oder bis zur Verbüßung der gesamten oder eines Teils der verhängten Freiheitsstrafe aufschieben. Der ersuchte Staat setzt den ersuchenden Staat von jedem Aufschub der Übergabe in Kenntnis.

(2) Ist die Auslieferung bewilligt worden, so kann der ersuchte Staat, nach Maßgabe seines Rechts, dem ersuchenden Staat die gesuchte Person zum Zwecke der Strafverfolgung zeitweilig unter Bedingungen übergeben, die von den Vertragsparteien vereinbart werden.

Artikel 12**Übergabe von Gegenständen**

(1) Wird die Auslieferung bewilligt, so übergibt der ersuchte Staat, soweit es sein Recht zuläßt, dem ersuchenden Staat alle Gegenstände einschließlich Geldbeträge:

- a) die als Beweis der strafbaren Handlung dienen können; oder
- b) die aus der strafbaren Handlung herrühren und sich im Besitz der gesuchten Person befinden.

(2) Unterliegen die betreffenden Gegenstände im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates der Beschlagnahme oder Einziehung, so kann er sie im Hinblick auf ein anhängiges Verfahren zeitweilig zurückhalten oder unter der Bedingung der Rückstellung übergeben.

(3) Rechte des ersuchten Staates oder dritter Personen werden durch diese Bestimmungen nicht berührt. Bestehen solche Rechte, so sind die Gegenstände dem ersuchten Staat nach Beendigung des Verfahrens über Ersuchen sobald als möglich kostenlos zurückzustellen.

(4) Die in Absatz 1 erwähnten Gegenstände sind selbst dann zu übergeben, wenn die bereits bewilligte Auslieferung infolge des Todes oder der Flucht der gesuchten Person nicht vollzogen werden kann.

Artikel 13**Spezialität**

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 4 dieses Artikels darf eine nach diesem Vertrag ausgelieferte Person wegen einer anderen, vor der Übergabe begangenen strafbaren Handlung oder anderen Angelegenheiten weder in Haft gehalten oder verfolgt noch einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, ausgenommen wegen:

- a) einer strafbaren Handlung, derentwegen die Auslieferung bewilligt wurde; oder
- b) einer anderen auslieferungsfähigen strafbaren Handlung, sofern der ersuchte Staat zustimmt.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung nach diesem Artikel sind über Ersuchen des ersuchten Staates die in Artikel 5 erwähnten Unterlagen sowie ein Protokoll über die Erklärungen der ausgelieferten Person zur betreffenden strafbaren Handlung anzuschließen.

(3) Wird die der ausgelieferten Person zur Last gelegte strafbare Handlung in der Folge rechtlich anders gewürdigt, so darf sie nur unter der Voraussetzung verfolgt oder abgeurteilt werden, daß die strafbare Handlung nach ihrer neuen rechtlichen Würdigung:

- a) im wesentlichen auf demselben Sachverhalt beruht, der dem Auslieferungsersuchen und den unterstützenden Unterlagen zugrundeliegt; und
- b) mit derselben oder einer geringeren höchstzulässigen Freiheitsstrafe bedroht ist als jene strafbare Handlung, derentwegen die Auslieferung erfolgt ist.

(4) Absatz 1 dieses Artikels findet keine Anwendung, wenn die ausgelieferte Person die Möglichkeit hatte, den ersuchenden Staat zu verlassen und dies innerhalb von fünfundvierzig (45) Tagen nach ihrer endgültigen Freilassung hinsichtlich jener strafbaren Handlung, derentwegen die Auslieferung erfolgt ist, nicht getan hat oder wenn sie nach Verlassen des ersuchenden Staates freiwillig dorthin zurückgekehrt ist.

Artikel 14

Weiterlieferung an einen dritten Staat

(1) Wenn eine Person dem ersuchenden Staat übergeben wurde, darf dieser sie wegen einer vor ihrer Übergabe begangenen strafbaren Handlung nicht an einen dritten Staat ausliefern, es sei denn, daß:

- a) der ersuchte Staat der Auslieferung zustimmt; oder
- b) die Person die Möglichkeit hatte, den ersuchenden Staat zu verlassen und dies innerhalb von fünfundvierzig (45) Tagen nach ihrer endgültigen Freilassung hinsichtlich jener strafbaren Handlung, derentwegen die Übergabe erfolgt ist, nicht getan hat oder nach Verlassen des ersuchenden Staates freiwillig dorthin zurückgekehrt ist.

(2) Bei einem Ersuchen um Zustimmung nach Absatz 1 lit. a dieses Artikels kann der ersuchte Staat die Vorlage der vom dritten Staat übermittelten Unterlagen verlangen.

Artikel 15

Durchlieferung

(1) Soweit dies nach ihrem jeweiligen Recht zulässig ist, wird die Durchlieferung durch das Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien über schriftliches Ersuchen der anderen Vertragspartei bewilligt. Ein Ersuchen um Durchlieferung kann durch jedes Nachrichtenmittel, welches Schriftspuren hinterläßt, übermittelt werden und muß die in Artikel 8 Absatz 2 erwähnten Angaben enthalten.

(2) Keine Durchlieferungsbewilligung ist erforderlich, wenn der Luftweg benützt wird und keine Zwischenlandung im Hoheitsgebiet des Durchlieferungsstaates vorgesehen ist. Im Fall einer unvorhergesehenen Zwischenlandung kann dieser Staat das in Absatz 1 erwähnte Ersuchen um Bewilligung der Durchlieferung verlangen. Der Durchlieferungsstaat hat die in Durchlieferung befindliche Person bis zum Einlangen des Ersuchens und der Durchführung der Durchlieferung in Haft zu halten, sofern das Ersuchen innerhalb von zweiundsiebzig (72) Stunden nach der unvorhergesehenen Zwischenlandung einlangt.

Artikel 16

Kosten

(1) Der ersuchte Staat trifft alle erforderlichen Veranlassungen und trägt die Kosten aller Verfahren, die sich aus Anlaß eines Auslieferungsersuchens ergeben, einschließlich der Kosten einer Strafverfolgung infolge einer Ablehnung der Auslieferung.

(2) Der ersuchte Staat trägt die in seinem Hoheitsgebiet im Zusammenhang mit der Verhaftung und Anhaltung der Person, deren Auslieferung begehrt wurde, entstehenden Kosten, bis zur Übergabe derselben an eine vom ersuchenden Staat namhaft gemachte Person.

(3) Der ersuchende Staat trägt die durch die Beförderung der Person aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates entstehenden Kosten.

Artikel 17

Verfahrensführung

(1) Im Falle eines Auslieferungsersuchens der österreichischen Behörden führt der Generalstaatsanwalt von Kanada das Auslieferungsverfahren.

(2) Im Falle eines Auslieferungsersuchens der kanadischen Behörden wird das Auslieferungsverfahren nach österreichischem Recht durchgeführt.

Artikel 18

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Wien ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

2086 der Beilagen

7

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 tritt das am 11. Mai 1967 in Ottawa unterzeichnete Auslieferungsabkommen zwischen der Republik Österreich und Kanada mit Inkrafttreten dieses Vertrages außer Kraft.

(4) Auf Auslieferungen, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages begehrt werden, finden dessen Bestimmungen Anwendung.

(5) Auf Auslieferungen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages begehrt werden, finden die Bestimmungen des in Absatz 3 erwähnten Abkommens weiter Anwendung.

(6) Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag jederzeit durch schriftliche Notifikation an die andere Partei auf diplomatischem Weg kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt des Einlangens dieser Notifikation wirksam.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hiezu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Geschehen zu Ottawa am 5. Oktober 1998 in zweifacher Ausfertigung in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Dr. Nikolaus Michalek m. p.

Für die Regierung
von Kanada:

Anne McLellan m. p.

TREATY

between the Government of the Republic of Austria and the Government of Canada on Extradition

The Government of the Republic of Austria and the Government of Canada, hereby referred to as "the Contracting Parties";

Desiring to provide for more effective co-operation in the suppression of crime and to facilitate the relations between the two States in the area of extradition,

Reaffirming their respect for each other's legal systems and judicial institutions,

Have agreed as follows:

Article 1

Obligation to Extradite

Each Contracting Party agrees to extradite to the other, in accordance with the provisions of this Treaty, persons who are wanted for prosecution or the imposition or enforcement of a sentence or an order for deprivation of liberty in the Requesting State for an extraditable offence.

Article 2

Extraditable Offences

(1) For the purposes of this Treaty, extradition shall be granted for conduct which constitutes an offence under the laws of both Contracting Parties that is punishable by imprisonment or other deprivation of liberty for a maximum period of at least one year or by a more severe penalty. Where the request for extradition relates to a person convicted of such an offence who is wanted for the enforcement of a sentence of imprisonment or other deprivation of liberty, extradition shall be granted if a period of at least six months of imprisonment or other deprivation of liberty remains to be served.

(2) If extradition is granted for an offence described in paragraph 1 of this Article, extradition may also be granted for other offences which are punishable under the laws of both Contracting Parties but, by reason of the penalty prescribed or the period of deprivation of liberty imposed and remaining to be served, would not otherwise be extraditable pursuant to this Treaty.

(3) For the purpose of this Article:

- (a) an offence shall be an extraditable offence whether or not the laws of the Contracting Parties place the offence within the same category or denominate the offence by the same terminology;
- (b) the totality of the acts or omissions alleged against the person whose extradition is requested shall be taken into account in determining whether the conduct would amount to an extraditable

offence in the Requested State and it shall not matter whether, under the laws of both Contracting Parties, the offence comprises the same elements.

(4) Extradition may be granted irrespective of when the offence in relation to which extradition is requested was committed, provided that the conduct:

- (a) was an offence in the Requesting State at the time it occurred; and
- (b) would, if it had occurred in the Requested State at the time of the making of the request for extradition, have constituted an offence against the law in force in that State.

(5) If the offence has been committed outside the territory of the Requesting State, extradition shall be granted where the person sought is a national of the Requesting State or the law of the Requested State provides for the exercise of jurisdiction over an offence committed outside its territory in similar circumstances. Where the law of the Requested State does not so provide, the Requested State may, in its discretion, grant extradition.

(6) An offence against a law relating to taxation, customs duties, foreign exchange control or any other revenue matter (fiscal offence), is an extraditable offence. Provided that the conduct for which extradition is sought is an offence in the Requested State, extradition may not be refused on the ground that the law of the Requested State does not impose the same kind of tax or duty or does not contain a tax, duty, customs or exchange regulation of the same kind as the law of the Requesting State.

Article 3

Grounds for Refusal

(1) Extradition shall not be granted in any of the following circumstances:

- (a) if the offence for which extradition is requested is regarded by the Requested State as a political offence. The taking or attempted taking of the life of a Head of State or a member of his or her family shall not be considered to be a political offence;
- (b) if there are substantial grounds for believing that a request for extradition for an ordinary criminal offence has been made for the purpose of prosecuting or punishing a person on account of that person's race, religion, nationality or political belief;
- (c) if the offence for which extradition is requested constitutes an offence under military law which is not an offence under ordinary criminal law;
- (d) if final judgment has been rendered in the Requested State in respect of the offence for which extradition is requested; or
- (e) if the person whose extradition is requested cannot, according to the laws of the Requesting State, be prosecuted or punished by reason of prescription.

(2) Extradition may be refused in any of the following circumstances:

- (a) if the person whose extradition is requested is a national of the Requested State. Where the Requested State refuses to extradite a national of that State it shall, if the other State so requests, submit the case to the competent authorities in order that proceedings for the prosecution of the person in respect of all or any of the offences for which extradition has been requested may be taken;
- (b) if the offence for which extradition is requested is subject to the jurisdiction of the Requested State and that State will prosecute that offence;
- (c) if the offence for which the extradition is requested is punishable by death under the law of the Requesting State;
- (d) if the person sought has been convicted in absentia; or
- (e) if final judgment has been rendered in a Third State in respect of the offence for which extradition is requested, provided that:
 - (i) the judgment imposed in the State of the commission of the offence resulted in the person's acquittal; or
 - (ii) the term of imprisonment or other deprivation of liberty to which the person was sentenced has been completely enforced or has been the subject of a pardon or an amnesty.

Article 4

Channels of Communication

Requests for extradition and any subsequent correspondence shall be communicated between the Ministries of Justice of the Contracting Parties; however, the use of the diplomatic channel is not excluded.

Article 5

Request and Supporting Documents

- (1) The request for extradition shall be in writing and in all cases shall be supported by:
 - (a) information concerning the description, identity, location and nationality of the person sought; and
 - (b) the text of the provisions of the law of the Requesting State applicable to the offence, including any law relating to prescription and, where the offence occurred outside the territory of the Requesting State, any law relating to jurisdiction.
- (2) In the case of a person accused or sought for prosecution, the request shall be accompanied by:
 - (a) the original or a certified copy of the order of arrest or of any document having the same force and effect, issued by a judge of the Requesting State; and
 - (b) in the event that the law of the Requested State so requires, evidence that would justify committal for trial of the person sought, if the conduct had occurred in the Requested State. For that purpose, a summary of the facts of the case setting out the evidence, including evidence of the identity of the offender, shall be admitted in evidence as proof of the facts contained therein provided that the judge or prosecutor that produces it, certifies that the evidence described in the summary was obtained in accordance with the law of the Requesting State. The summary may include any report, statement, reproduction or other useful documentation. The summary may contain evidence gathered in the Requesting State or elsewhere and shall be admitted in evidence whether or not such evidence would otherwise be admissible under the law of the Requested State.
- (3) In the case of a person sought for the enforcement of a judgment, the request shall be accompanied by:
 - (a) a certified copy of the judgment and a confirmation that it has final and binding effect;
 - (b) a description of the conduct for which the person sought was convicted, where the judgment or the warrant of arrest does not describe this conduct; and
 - (c) if the judgment covers only the conviction, a warrant of arrest issued by a judge of the Requesting State; or
 - (d) if the judgment covers both conviction and sentence, a statement showing how much of the sentence has not been served.
- (4) All documents submitted in accordance with this Treaty shall be in, or accompanied by a translation into, an official language of the Requested State. Any translation of documents submitted in support of a request for extradition shall be admitted for all purposes in extradition proceedings.
- (5) All documents and certified copies thereof submitted in support of a request for extradition and appearing to have been certified or issued by a judge, a prosecutor or a public official of the Requesting State shall be admitted as evidence in extradition proceedings in the Requested State without having to be taken under oath or affirmation and without proof of the signature or of the official character of the person appearing to have signed them.
- (6) No authentication or further certification of documents submitted in support of the request for extradition shall be required.

Article 6

Additional Information

If the Requested State considers that the documentation furnished in support of a request for extradition is not sufficient to enable it to make a decision under this Treaty, that State shall request that additional information be furnished within such time as it specifies.

Article 7

Simplified Extradition

- (1) Extradition of a person sought may be granted pursuant to the provisions of this Treaty, notwithstanding that the requirements of Article 5 paragraph 1, 2 and 3 have not been complied with, provided that the person sought consents to an order for extradition being made.
- (2) Article 13 shall apply in such cases unless the Requested State, before surrender, states that the rule of specialty shall not apply.

Article 8

Provisional Arrest

(1) In cases of urgency, a Contracting Party may apply through the facilities of the International Criminal Police Organisation (INTERPOL) or through a channel established by Article 4 for the provisional arrest of the person sought. The application may be transmitted by any means affording a record in writing.

(2) The application for provisional arrest shall include:

- (a) information concerning the identity, and if available, nationality, probable location of the person sought, and a physical description;
- (b) a statement that extradition will be requested;
- (c) the name, date and place of the offence and a brief description of the facts of the case;
- (d) a statement indicating that a warrant of arrest exists or a conviction was pronounced, with date, place and issuing authority; and
- (e) a statement indicating the maximum period of deprivation of liberty that may be imposed or that was imposed and, where applicable, that remains to be served.

(3) On receipt of an application for provisional arrest the Requested State shall, subject to its law, take necessary steps to secure the arrest of the person sought and the Requesting State shall be promptly notified of the result of this request.

(4) Provisional arrest shall be terminated if the Requested State has not received the request for extradition within sixty (60) days after arrest. The authorities of the Requested State, insofar that it is permitted by the law of that State, may extend that period for the reception of the documents referred to in Article 5. However, the person sought may be granted provisional release at any time, subject to the conditions deemed necessary to ensure that the person does not abscond.

(5) The expiry of the period provided for in paragraph 4 does not preclude arrest and extradition if a request for extradition is subsequently received.

Article 9

Conflicting Requests

(1) Where requests are received from two or more States for the extradition of the same person, the Requested State shall determine to which of those States the person is to be extradited and shall notify the Requesting States of its decision.

(2) In determining to which State a person is to be extradited, the Requested State shall have regard to all relevant circumstances and, in particular, the relative seriousness of the offences if the requests relate to different offences, the time and place of commission of each offence, the respective dates of the requests, the nationality of the person, the habitual place of residence of the person, and the possibility of re-extradition to a Third State.

Article 10

Decision and Surrender

(1) The Requested State shall, as soon as a decision on the request for extradition has been made, communicate that decision to the Requesting State. Reasons shall be given for any complete or partial rejection of an extradition request.

(2) Where extradition is granted, the Requested State shall inform the Requesting State of the length of time for which the person sought was detained in custody with a view to extradition.

(3) Where extradition is granted, the Requested State shall surrender the person from a point of departure in its territory convenient to the Requesting State.

(4) The Requesting State shall remove the person from the Requested State within such reasonable period as the Requested State specifies and, if the person is not removed within that period, the Requested State may refuse to extradite that person for the same offence.

(5) If circumstances beyond its control prevent a Contracting Party from surrendering or removing the person to be extradited it shall notify the other Contracting Party. The Contracting Parties shall decide upon a new date of surrender and the provisions of paragraph 4 of this Article shall apply.

Article 11

Postponed or Temporary Surrender

(1) When the person sought is being proceeded against or is serving a sentence in the Requested State for an offence other than that for which extradition is requested, the Requested State may, after having made its decision on the request, surrender or postpone surrender until the conclusion of the proceedings or the service of the whole or any part of the sentence imposed. The Requested State shall inform the Requesting State of any postponement.

(2) To the extent permitted by its law, where extradition of a person has been granted, the Requested State may temporarily surrender the person sought for the purpose of prosecution to the Requesting State in accordance with conditions to be determined between the Contracting Parties.

Article 12

Surrender of Property

(1) When a request for extradition is granted, the Requested State shall, so far as its law allows, hand over to the Requesting State all articles, including sums of money:

- (a) which may serve as proof of the offence; or
- (b) which have been acquired by the person sought as a result of the offence and are in his or her possession.

(2) If the articles in question are liable to seizure or confiscation in the territory of the Requested State, the latter may, in connection with pending proceedings, temporarily retain them or hand them over on condition that they are returned.

(3) These provisions shall not prejudice the rights of the Requested State or of any persons other than the person sought. When these rights exist, the articles shall, on request, be returned to the Requested State without charge as soon as possible after the end of the proceedings.

(4) The property mentioned in paragraph 1 of this Article shall be surrendered even if extradition having been granted, cannot be carried out owing to the death or escape of the person sought.

Article 13

Rule of Speciality

(1) Subject to paragraph 4 of this Article, a person extradited under this Treaty shall not be detained or prosecuted, nor be subject to any other restriction of personal liberty in the Requesting State for any offence committed or other matter arising before the surrender other than:

- (a) an offence for which extradition was granted; or
- (b) any other extraditable offence if the Requested State consents.

(2) A request for the consent of the Requested State under this Article shall, upon the request of the Requested State, be accompanied by the documents mentioned in Article 5 as well as a record of any statement made by the extradited person in respect of the offence concerned.

(3) If the charge for which the person was extradited is subsequently changed, that person may be prosecuted or sentenced, provided the offence under its new description is:

- (a) based on substantially the same facts contained in the extradition request and its supporting documents; and
- (b) punishable by the same maximum penalty as, or a lesser maximum penalty than, the offence for which that person was extradited.

(4) Paragraph 1 of this Article shall not apply if the person extradited has had an opportunity to leave the Requesting State and has not done so within forty-five (45) days of final discharge in respect of the offence for which that person was extradited or if the person has voluntarily returned to the Requesting State after having left it.

Article 14

Re-extradition to a Third State

(1) Where a person has been surrendered to the Requesting State, that State shall not extradite the person to any Third State for an offence committed before that person's surrender, unless:

- (a) the Requested State consents to the extradition; or
- (b) the person has had an opportunity to leave the Requesting State and has not done so within forty-five (45) days of final discharge in respect of the offence for which that person was surrendered by the Requested State or if the person has voluntarily returned to the Requesting State after having left it.

12

2086 der Beilagen

(2) The Requested State may request the production of the documents submitted by the Third State in relation to any consent pursuant to sub-paragraph 1 (a) of this Article.

Article 15

Transit

(1) To the extent permitted by its law, transit through the territory of one of the Contracting Parties shall be granted on a request in writing by the other Contracting Party. The request for transit may be transmitted by any means affording a record in writing and shall contain the information referred to in Article 8 paragraph 2.

(2) No authorization for transit shall be necessary when air travel is used and no landing is scheduled in the territory of the transit State. In the case of an unscheduled landing that State may require the request for transit provided for in paragraph 1. The transit State shall detain the person in transit until the request is received and the transit is carried out, provided that the request is received within seventy two (72) hours after the unscheduled landing.

Article 16

Expenses

(1) The Requested State shall make all necessary arrangements for and meet the costs of any proceedings arising out of a request for extradition, including a prosecution as a result of a refusal to grant extradition.

(2) The Requested State shall bear the expenses incurred in its territory in the arrest and detention of the person whose extradition is requested until the person is surrendered to a person nominated by the Requesting State.

(3) The Requesting State shall bear the expenses incurred in conveying the person from the territory of the Requested State.

Article 17

Conduct of Proceedings

(1) In the case of a request for extradition presented by the Austrian authorities, the Attorney General of Canada shall conduct the extradition proceedings.

(2) In the case of a request for extradition presented by the Canadian authorities, the extradition proceedings shall be conducted in accordance with Austrian law.

Article 18

Entry into Force and Termination

(1) This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Vienna as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification have been exchanged.

(3) Subject to paragraph 4, on entry into force of this Treaty, the Extradition Agreement between the Republic of Austria and Canada, signed at Ottawa on May 11, 1967, shall cease to have effect.

(4) Extraditions requested after the entry into force of this Treaty shall be governed by its provisions.

(5) Extraditions requested prior to the entry into force of this Treaty shall continue to be governed by the provisions of the Agreement of 1967, referred to in paragraph 3.

(6) Either Contracting Party may terminate this Treaty at any time by giving written notice to the other Party, through diplomatic channels. The termination shall be effective six months following the date on which such notice was received.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Treaty.

Done at Ottawa this 5th day of October 1998, in duplicate, in the German, English and French languages, each version being equally authentic.

For the Government of
the Republic of Austria:

For the Government
of Canada:

Dr. Nikolaus Michalek m. p.**Anne McLellan m. p.**

TRAITÉ

d'extradition entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement du Canada

Le gouvernement de la République d'Autriche et le gouvernement du Canada, ci-après nommés «les Parties contractantes»;

Désireux d'assurer une coopération plus efficace entre les deux États dans la lutte contre la criminalité et de faciliter leurs relations en matière d'extradition,

Réaffirmant le respect réciproque de leurs systèmes juridiques et leurs institutions judiciaires,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Obligation d'extrader

Les États contractants conviennent de se livrer réciproquement, conformément aux dispositions du présent Traité, les personnes réclamées dans l'État requérant aux fins de poursuite, ou de l'application ou de l'exécution d'une peine ou d'une mesure privative de liberté, à l'égard d'une infraction donnant lieu à extradition.

Article 2

Infractions pouvant donner lieu à l'extradition

(1) Aux fins du présent Traité, l'extradition est accordée pour les faits qui, au regard des lois des deux Parties contractantes, constituent une infraction punissable d'un emprisonnement ou d'une peine privative de liberté d'au moins un an ou punissable d'une peine plus sévère. Lorsque la demande d'extradition vise une personne déclarée coupable d'une telle infraction et recherchée en vue de l'exécution d'une peine d'emprisonnement ou autre mesure privative de liberté, l'extradition est accordée s'il reste à purger six mois de la peine d'emprisonnement ou autre mesure privative de liberté.

(2) Si l'extradition est accordée pour une infraction visée dans le paragraphe 1 du présent article, l'extradition peut aussi être accordée pour d'autres infractions qui sont punissables en vertu des lois des deux Parties contractantes, mais qui, en raison de la peine prévue ou en raison de la période de privation de liberté imposée ou restant à purger ne pourraient autrement donner lieu à extradition conformément au présent Traité.

(3) Aux fins du présent article:

- a) une infraction peut donner lieu à l'extradition peu importe que les lois des Parties contractantes la rangent dans la même catégorie d'infraction ou qu'elles la qualifient selon une terminologie différente;
- b) l'ensemble des actes ou des omissions imputés à la personne dont l'extradition est demandée doit être pris en considération afin d'établir si les faits constituent une infraction pouvant donner lieu à l'extradition sur le territoire de la Partie requise, et sans égard au fait qu'aux termes des lois des deux Parties contractantes, l'infraction comprenne ou non les mêmes éléments.

(4) L'extradition peut être accordée quel que soit le moment où a été commise l'infraction à l'égard de laquelle l'extradition est demandée à condition que les faits:

- a) aient constitué une infraction dans l'État requérant au moment où ils sont survenus; et
- b) à supposer qu'ils soient survenus dans l'État requis, ils aient constitué, au moment de la demande d'extradition, une infraction au regard des lois en vigueur dans cet État.

(5) Si l'infraction a été commise à l'extérieur du territoire de l'État requérant, l'extradition est accordée lorsque la personne recherchée est un ressortissant de l'État requérant ou lorsque les lois de l'État requis attribuent compétence à celui-ci pour les infractions commises en dehors de son territoire dans des circonstances analogues. Lorsque les lois de l'État requis n'attribuent pas à celui-ci une telle compétence, l'État requis a la faculté d'accorder ou non l'extradition.

(6) Une infraction aux lois se rapportant à l'impôt, aux droits de douane, au contrôle des changes ou à toute autre matière fiscale (infraction fiscale), est une infraction pouvant donner lieu à l'extradition. Si les faits pour lesquels l'extradition est demandée constituent une infraction sur le territoire de l'État requis, l'extradition ne pourra être refusée pour le motif que les lois de l'État requis n'imposent pas le

14

2086 der Beilagen

même genre de taxes ou droits ou ne renferment pas une disposition fiscale, douanière ou cambiale semblable à ce que prévoient les lois de l'État requérant.

Article 3

Motifs de refus

- (1) L'extradition est refusée dans les cas suivants:
- a) lorsque l'infraction qui fait l'objet de la demande d'extradition est considérée par l'État requis comme une infraction politique. L'assassinat ou la tentative d'assassinat d'un chef d'État ou d'un membre de sa famille n'est pas considéré comme une infraction politique;
 - b) lorsqu'il existe des raisons sérieuses de croire que la demande d'extradition pour une infraction de droit commun a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir la personne réclamée en raison de sa race, de sa religion, de sa nationalité ou de ses opinions politiques;
 - c) lorsque l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée constitue une infraction selon la loi militaire sans être une infraction de droit commun;
 - d) lorsque l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée a fait l'objet d'un jugement définitif dans l'État requis; ou
 - e) lorsque la personne dont l'extradition est demandée ne peut être poursuivie ou punie, selon les lois de l'État requérant, pour motif de prescription.
- (2) L'extradition peut être refusée dans les cas suivants:
- a) lorsque la personne dont l'extradition est demandée est ressortissante de l'État requis. Lorsque l'État requis refuse d'extrader l'un de ses ressortissants, il doit, sur demande de l'autre État, soumettre l'affaire à ses autorités compétentes afin qu'elles engagent des poursuites à l'égard de la personne réclamée pour toutes ou parties des infractions à raison desquelles l'extradition a été demandée;
 - b) lorsque l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée ressortit aux tribunaux de l'État requis et que l'État requis a décidé d'engager des poursuites à l'égard de cette infraction;
 - c) lorsque l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée est punissable de mort en vertu des lois de l'État requérant;
 - d) lorsque la personne réclamée a été condamnée par défaut; ou
 - e) lorsqu'un jugement final a été prononcé dans un État tiers à l'égard l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée, à condition que:
 - i) le jugement rendu dans l'État où l'infraction a été commise ait conduit à l'acquittement de la personne réclamée; ou que
 - ii) la peine prononcée contre la personne réclamée ait été entièrement purgée ou ait fait l'objet d'un pardon ou d'une amnistie.

Article 4

Canaux de communication

Les demandes d'extradition et toute correspondance ultérieure font l'objet de communications entre les Ministères de la Justice des Parties contractantes; la voie diplomatique demeure cependant réservée.

Article 5

Demande et pièces justificatives

- (1) Toutes les demandes d'extradition sont formulées par écrit et appuyées:
- a) de renseignements donnant la description, l'identité et la nationalité de la personne réclamée, et indiquant l'endroit où elle se trouve; et
 - b) du texte des dispositions légales de l'État requérant qui sont applicables à l'infraction, notamment du texte de toute disposition portant sur la prescription et, si l'infraction a été commise à l'extérieur du territoire de l'État requérant, du texte de toute disposition portant sur la compétence.
- (2) La demande d'extradition d'une personne accusée ou poursuivie est appuyée:
- a) de l'original ou d'une copie certifiée du mandat d'arrêt ou de tout document équivalent, délivré par un juge de l'État requérant; et
 - b) si le droit de l'État requis l'exige, des preuves qui justifieraient le «renvoi à procès» de la personne réclamée si les faits étaient survenus dans l'État requis. À cette fin, un exposé des faits en cause, décrivant les éléments de preuve réunis, y compris la preuve de l'identité de l'auteur de l'infraction fait preuve des faits qui sont exposés, pourvu que le juge ou le procureur l'ayant produit certifie que les éléments décrits dans l'exposé ont été réunis conformément au droit de

2086 der Beilagen

15

l'État requérant. Il peut être incorporé à l'exposé toute déclaration, rapport, reproduction ou autre documentation utile. L'exposé peut référer à des éléments de preuves réunis dans l'État requérant ou ailleurs et est admis en preuve peu importe que ces éléments soient ou non admissibles d'après le droit de l'État requis.

(3) La demande d'extradition d'une personne réclamée en vue de l'exécution d'un jugement est appuyée:

- a) d'une copie conforme du jugement et d'une attestation que le jugement est final et exécutoire;
- b) d'une description des faits pour lesquels la personne réclamée a été condamnée si le jugement ou le mandat d'arrêt ne les décrivent pas; et
- c) si le jugement ne porte que sur la déclaration de culpabilité, d'un mandat d'arrêt délivré par un juge de l'État requérant; ou
- d) si le jugement porte à la fois sur la déclaration de culpabilité et sur la peine, d'une mention de la portion de la peine qui reste à purger.

(4) Toutes les pièces présentées en conformité avec le présent Traité sont accompagnées d'une traduction dans cette langue. La traduction des pièces présentées à l'appui d'une demande d'extradition est admise à toutes fins dans les procédures d'extradition.

(5) Toutes les pièces et copies conformes présentées à l'appui d'une demande d'extradition, dont il apparaît qu'elles ont été certifiées, délivrées ou signées par une autorité judiciaire ou un fonctionnaire de l'État requérant, sont admises en tant qu'éléments de preuve dans la procédure d'extradition de l'État requis, sans qu'elles soient établies sous serment ou déclaration solennelle et sans qu'il soit nécessaire d'attester la signature ou la qualité du signataire.

(6) Aucune authentification ou autre certification des pièces présentées à l'appui d'une demande d'extradition n'est requise.

Article 6

Renseignements supplémentaires

Si l'État requis estime que les pièces fournies à l'appui d'une demande d'extradition ne lui permettent pas de rendre une décision aux termes du présent Traité, ce dernier exigera que des renseignements complémentaires lui soient fournis dans le délai qu'il indiquera.

Article 7

Extradition simplifiée

(1) L'extradition de la personne réclamée peut être accordée conformément aux dispositions du présent Traité, même si les exigences des paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 5, ne sont pas remplies, à condition que la personne recherchée donne son accord à une ordonnance d'extradition.

(2) L'article 13 s'appliquera dans un tel cas, à moins que l'État requis ne déclare, avant la remise, que la règle de la spécialité ne s'applique pas.

Article 8

Arrestation provisoire

(1) En cas d'urgence, une Partie contractante peut demander l'arrestation provisoire de la personne réclamée, soit par l'entremise de l'Organisation internationale de police criminelle (INTERPOL), soit par l'un des canaux prévus à l'Article 4. La demande peut être transmise par tout moyen permettant d'en conserver une trace écrite.

(2) La demande d'arrestation provisoire comprend:

- a) des indications concernant l'identité de la personne réclamée et, si possible, sa nationalité, son lieu de séjour présumé et son signalement;
- b) la mention que l'extradition sera demandée;
- c) la date, le lieu et la désignation de l'infraction ainsi qu'une brève description des faits s'y rapportant;
- d) la mention qu'un ordre d'arrestation est en vigueur ou qu'une condamnation a été prononcée ainsi que la date, le lieu et le nom de l'autorité émettrice; et
- e) la mention du maximum de la peine privative de liberté qui peut être imposée ou qui a été effectivement prononcée et, le cas échéant, la partie de la peine qu'il reste à purger.

(3) Dès réception de la demande d'arrestation provisoire, l'État requis prend, conformément à ses lois, les mesures nécessaires pour faire arrêter la personne réclamée et informe promptement l'État requérant des suites données à sa demande.

(4) Il sera mis fin à l'arrestation provisoire si l'État requis n'a pas reçu la demande d'extradition dans les soixante (60) jours suivant l'arrestation. Les autorités de l'État requis pourront, dans la mesure où son droit le leur permet, proroger cette période pour la réception des documents visés dans l'article 5. Toutefois, la personne recherchée pourra obtenir à tout moment sa mise en liberté provisoire, sous réserve des conditions jugées nécessaires pour s'assurer qu'elle ne s'enfuira pas.

(5) L'expiration de la période visée au paragraphe 4 n'empêche pas l'arrestation et l'extradition si une demande d'extradition est reçue par la suite.

Article 9

Concours de demandes

(1) Lorsque l'extradition d'une personne est demandée par deux ou plusieurs États, l'État requis détermine l'État auquel l'extradition sera accordée et communique sa décision aux États requérants.

(2) Pour déterminer l'État auquel la personne doit être extradée, l'État requis tient compte de l'ensemble des circonstances, notamment de la gravité proportionnelle des faits si les demandes se rapportent à plusieurs infractions, de la date et du lieu de commission de chacune d'elles, des dates respectives des demandes, de la nationalité de la personne réclamée, de son lieu de résidence habituelle et des possibilités de réextradition à un État tiers.

Article 10

Décision et remise

(1) Des qu'une décision au sujet de la demande d'extradition a été prise, l'État requis en fait part à l'État requérant. Tout rejet complet ou partiel de la demande d'extradition doit être motivé.

(2) Si l'extradition est accordée, l'État requis communique à l'État requérant la durée de la détention extraditionnelle de la personne réclamée.

(3) Si l'extradition est accordée, l'État requis remet la personne en un lieu de son territoire convenant à l'État requérant.

(4) L'État requérant prend en charge la personne réclamée dans le délai raisonnable fixé par l'État requis; si la personne réclamée n'est pas prise en charge au terme de ce délai l'État requis peut refuser de l'extrader pour la même infraction.

(5) En cas de force majeure empêchant une Partie contractante de remettre ou de prendre en charge la personne à extrader, l'autre Partie contractante en est informée. Les Parties contractantes conviennent d'une nouvelle date de remise et les dispositions du paragraphe 4 du présent article sont applicables.

Article 11

Remise différée ou temporaire

(1) Lorsque la personne réclamée fait l'objet de poursuites ou purge une peine dans l'État requis pour une infraction autre que celle pour laquelle l'extradition est demandée, l'État requis peut, après avoir rendu sa décision concernant la demande, remettre la personne réclamée ou ajourner sa remise jusqu'à la conclusion des procédures ou jusqu'à ce que soit purgée, en tout ou en partie, la peine qui a pu être imposée. L'État requis informe l'État requérant de tout report.

(2) Dans la mesure permise par son droit, l'État requis peut, lorsque l'extradition d'une personne a été accordée, accorder la remise temporaire de la personne réclamée à l'État requérant pour qu'elle y soit poursuivie, en conformité aux conditions déterminées par les Parties contractantes.

Article 12

Remise d'objets

(1) Lorsqu'une demande d'extradition est accordée, l'État requis doit, dans la mesure où son droit l'y autorise, remettre à l'État requérant tous articles, y compris les sommes d'argent:

- a) qui peuvent servir à prouver l'infraction, ou
- b) qui ont été acquis grâce à l'infraction par la personne réclamée et qui sont en la possession de celle-ci.

2086 der Beilagen

17

(2) Lorsque les articles en question peuvent être saisis ou confisqués sur le territoire de l'État requis, celui-ci pourra, relativement aux procédures en cours, les conserver temporairement, ou bien les remettre sous réserve de leur restitution.

(3) Ces dispositions ne portent pas atteinte aux droits de l'État requis ni à ceux de toute personne autre que la personne réclamée. Lorsque de tels droits existent, les articles devront, sur demande, être restitués à l'État requis, sans frais et dès que possible après la fin des procédures.

(4) Les articles mentionnés au paragraphe 1 du présent article sont remis même si l'extradition qui a été accordée, ne peut avoir lieu en raison du décès ou de l'évasion de la personne réclamée.

Article 13**Règle de la spécialité**

(1) Sous réserve du paragraphe 4 du présent article, une personne extradée en vertu du présent Traité ne peut être détenue ou poursuivie, ni faire l'objet d'une atteinte à sa liberté sur le territoire de l'État requérant, pour une infraction commise ou une affaire antérieure à sa remise sauf à l'égard:

- a) d'une infraction pour laquelle l'extradition a été accordée; ou
- b) si l'État requis y consent, à l'égard de toute autre infraction pouvant donner lieu à l'extradition.

(2) La demande de consentement à l'État requis aux termes du présent article, doit, à la demande de l'État requis, être accompagnée des pièces mentionnées à l'article 5, ainsi que de la transcription de toute déclaration faite par la personne extradée relativement à l'infraction visée.

(3) Si l'accusation pour laquelle la personne a été extradée est par la suite modifiée, cette personne pourra être poursuivie ou condamnée, à condition que l'infraction, dans sa nouvelle description:

- a) soit fondée, dans l'ensemble, sur les mêmes faits que ceux dont il était fait état dans la demande d'extradition et dans les pièces à l'appui de celle-ci; et
- b) soit punissable de la même peine maximale ou d'une peine maximale moindre que l'infraction pour laquelle la personne a été extradée.

(4) Le paragraphe 1 du présent article ne s'applique pas si la personne extradée a eu la possibilité de quitter le territoire de l'État requérant et ne l'a pas fait dans les quarante-cinq (45) jours de son élargissement à l'égard de l'infraction pour laquelle elle a été extradée, ou si elle est volontairement retournée sur le territoire de l'État requérant après l'avoir quitté.

Article 14**Réextradition vers un pays tiers**

(1) Lorsqu'une personne a été remise à l'État requérant, cet État ne peut l'extrader vers un pays tiers pour une infraction commise avant sa remise, à moins que:

- a) l'État requis consente à l'extradition; ou
- b) la personne ayant eu la possibilité de quitter le territoire de l'État requérant, ne l'a pas fait dans les quarante-cinq (45) jours de son élargissement à l'égard de l'infraction pour laquelle elle a été remise par l'État requis, ou qu'elle soit volontairement retournée sur le territoire de l'État requérant après l'avoir quitté.

(2) L'État requis peut demander la production des pièces présentées par le pays tiers avant de donner son consentement conformément à l'alinéa 1a) du présent article.

Article 15**Transit**

(1) Dans la mesure permise par son droit, chaque Partie contractante accorde le transit sur son territoire si l'autre Partie contractante en fait la demande par écrit. La demande de transit peut être transmise par tout moyen permettant de la consigner par écrit et doit contenir les renseignements visés au paragraphe 2 l'article 8.

(2) Aucune autorisation de transit n'est nécessaire lorsque le transport a lieu par voie aérienne et qu'aucun atterrissage n'est prévu sur le territoire de l'État du transit. En cas d'atterrissage imprévu, ce dernier peut exiger la demande de transit visée par le paragraphe 1. Cet État détiendra la personne en transit jusqu'à ce que la demande soit reçue et que le transit soit effectué, à condition que la demande de transit soit reçue dans les soixante-douze (72) heures de l'atterrissage imprévu.

18

2086 der Beilagen

Article 16

Frais

(1) L'État requis prend toutes les mesures nécessaires et assume les frais de toutes les procédures découlant d'une demande d'extradition, y compris les frais relatifs à la poursuite entamée suite à un refus d'accorder l'extradition.

2086 der Beilagen

19

(2) L'Etat requis assume les frais occasionnés sur son territoire par l'arrestation et la détention de la personne dont l'extradition est demandée, jusqu'à la prise en charge de cette dernière par les agents de l'Etat requérant.

(3) L'Etat requérant assume les frais de transport de la personne remise à partir du territoire de l'Etat requis.

Article 17**Conduite des procédures**

(1) Dans le cas d'une demande d'extradition présentée par les autorités autrichiennes, la procédure d'extradition est conduite par le Procureur général du Canada.

(2) Dans le cas d'une demande d'extradition présentée par les autorités canadiennes, les procédures d'extradition seront conduites en conformité avec les lois autrichiennes.

Article 18**Entrée en vigueur et dénonciation**

(1) Le présent Traité devra faire l'objet de ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Vienne dès que possible.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

(3) Sous réserve du paragraphe 4, à l'entrée en vigueur du présent Traité, l'Accord d'extradition entre la République d'Autriche et le Canada, signé à Ottawa le 11 mai 1967, cessera d'avoir effet.

(4) Les demandes d'extradition présentées après l'entrée en vigueur du présent Traité seront régies par ses dispositions.

(5) Les demandes d'extradition présentées avant l'entrée en vigueur du présent Traité continueront d'être régies par les dispositions de l'Accord de 1967 visé au paragraphe 3.

(6) L'une ou l'autre des Parties contractantes pourra dénoncer le présent Traité à tout moment sur notification écrite adressée à l'autre Partie au moyen des canaux diplomatiques. La dénonciation prendra effet six mois après la date de réception de la notification.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés par leur gouvernement respectif, ont signé le présent Traité.

Fait à Ottawa, ce 5^e jour de octobre 1998, en double exemplaire, en langue allemande, anglaise et française, chaque version faisant également foi.

Pour le gouvernement
de la République d'Autriche:

Dr. Nikolaus Michalek m. p.

Pour le gouvernement
du Canada:

Anne McLellan m. p.

20

2086 der Beilagen

Vorblatt**Problem:**

Im Verhältnis zu Kanada findet der Auslieferungsverkehr derzeit auf der Grundlage des Auslieferungsabkommens zwischen der Republik Österreich und Kanada vom 11. Mai 1967, BGBl. 1969/324, statt. Dieses entspricht im Hinblick auf die Zunahme des internationalen Reiseverkehrs und die damit verbundene Vermehrung der bilateralen Kontakte zwischen Österreich und Kanada auch auf strafrechtlichem Gebiet nicht mehr den bestehenden Bedürfnissen.

Ziel:

Vereinfachung und Erleichterung des Auslieferungsverkehrs zwischen der Republik Österreich und Kanada.

Lösung:

Abschluß eines neuen Auslieferungsvertrags.

Inhalt:

Einführung des unmittelbaren Behördenverkehrs zwischen den Justizministerien, Auslieferung auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen, Zulässigkeit der vereinfachten Auslieferung im Falle der Zustimmung der betroffenen Person, Abschwächung des bisher bestehenden Erfordernisses der "prima facie evidence" und Verzicht auf die bisher notwendigen beeideten Zeugenaussagen im Zusammenhang mit der Erstellung von Auslieferungsunterlagen sowie Verzicht auf besondere Beglaubigungserfordernisse.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EU-Konformität:

Als bilateraler Vertrag mit einem Nicht EU-Staat auf einem nicht durch EU-Recht geregelten Sachgebiet ist der Vertrag mit EU-Recht vereinbar.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Im Verhältnis zu Kanada findet der Auslieferungsverkehr derzeit auf der Grundlage des Auslieferungsabkommens zwischen der Republik Österreich und Kanada vom 11. Mai 1967, BGBl. 1969/324, statt. Dieses entspricht nicht mehr den Erfordernissen eines modernen Auslieferungsverkehrs, die sich im Hinblick auf die Zunahme des internationalen Reiseverkehrs und die damit verbundene Vermehrung der bilateralen Kontakte zwischen Österreich und Kanada auch auf strafrechtlichem Gebiet ergeben haben. Es wurde daher für zweckmäßig erachtet, den Auslieferungsverkehr zwischen beiden Staaten zu vereinfachen und zu erleichtern.

Nach Durchführung zweier Verhandlungsrunden im Dezember 1991 in Wien und im September 1992 in Ottawa konnte auf diplomatischem Weg Einigung über den Entwurf eines Auslieferungsvertrages erzielt werden. Dessen Unterzeichnung hat sich in der Folge auf Grund der Notwendigkeit der vorherigen Novellierung des kanadischen Auslieferungsgesetzes verzögert. Nach deren Abschluß wurde der Vertrag am 5. Oktober 1998 in Ottawa unterzeichnet.

Der vorliegende Vertrag zwischen den Regierungen der Republik Österreich und Kanadas über die Auslieferung enthält neben den im Auslieferungsrecht üblichen Bestimmungen insbesondere folgende Regelungen, die zu einer Vereinfachung des Auslieferungsverkehrs im Verhältnis zwischen beiden Staaten führen werden: Zulässigkeit des unmittelbaren Behördenverkehrs zwischen den Justizministerien, Auslieferung auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen, Beschränkung des Ablehnungsgrundes der eingetretenen Verjährung auf das Recht des ersuchenden Staates, Zulässigkeit der vereinfachten Auslieferung im Falle der Zustimmung der betroffenen Person, Abschwächung des bisher bestehenden Erfordernisses der "prima facie evidence" sowie Verzicht auf die bisher notwendigen beeideten Zeugnisaussagen im Zusammenhang mit der Erstellung der Auslieferungsunterlagen und Verzicht auf besondere Beglaubigungserfordernisse.

Der vorliegende Vertrag ist gesetząndernd und Gesetzesergänzend. Er bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Der Vertrag enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Sein Inhalt ist im innerstaatlichen Rechtsbereich unmittelbar anwendbar, die Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG ist daher nicht erforderlich.

Die Ratifikation dieses Vertrages wird auf den Bundeshaushalt keine belastenden Auswirkungen haben.

II. Besonderer Teil:

Zu Art. 1:

Nach dieser Bestimmung verpflichten sich die Vertragsparteien, einander auf der Grundlage dieses Vertrages Personen auszuliefern, die zur Strafverfolgung oder zur Strafvollstreckung wegen einer auslieferungsfähigen strafbaren Handlung gesucht werden.

Zu Art. 2:

Dieser Artikel stellt klar, unter welchen Voraussetzungen eine strafbare Handlung als auslieferungsfähig anzusehen ist. In diesem Zusammenhang statuiert Abs. 1 das Erfordernis der beiderseitigen gerichtlichen Strafbarkeit, wobei die Strafdrohung im Falle der Auslieferung zur Strafverfolgung mindestens ein Jahr betragen muß. Im Falle eines Ersuchens um Auslieferung zur Strafvollstreckung hat die Dauer der noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe mindestens sechs Monate zu betragen.

Abs. 2 sieht eine "akzessorische" Auslieferung vor, die bei Bewilligung der Auslieferung wegen einer nach Abs. 1 zulässigen Auslieferung zusätzlich bewilligt werden kann, auch wenn die in Abs. 1 normierten Voraussetzungen hinsichtlich der Höhe der Strafdrohung oder der Dauer der noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe nicht erfüllt sind.

Nach Abs. 3 ist bei der Entscheidung über das Vorliegen der Auslieferungsfähigkeit auf die Gesamtheit der der auszuliefernden Person zur Last gelegten Handlungen oder Unterlassungen Bedacht zu nehmen und es kommt nicht darauf an, ob die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung nach dem Recht beider Staaten dieselbe rechtliche Qualifikation aufweist.

Abs. 4 stellt klar, daß die Auslieferung unabhängig davon bewilligt werden kann, wann die dem Ersuchen zugrundeliegende Straftat begangen wurde, sofern diese zur Tatzeit im ersuchenden Staat und zum Zeitpunkt der Stellung des Ersuchens im ersuchten Staat gerichtlich strafbar ist.

Abs. 5 enthält die Voraussetzungen, unter denen die Auslieferung wegen einer Handlung bewilligt werden kann, die außerhalb des Hoheitsgebiets des ersuchenden Staates begangen wurde (extraterritoriale Gerichtsbarkeit).

Abs. 6 sieht die Auslieferungsfähigkeit auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen vor. Dabei wird klargestellt, daß die Auslieferung – unter der Voraussetzung des Vorliegens der beiderseitigen Strafbarkeit – nicht aus dem Grund abgelehnt werden kann, daß das Recht des ersuchenden Staates nicht dieselbe Art von Abgaben oder Steuern vorsieht oder keine Abgaben-, Steuer-, Zoll- oder Devisenbestimmungen derselben Art enthält, wie das Recht des ersuchenden Staates.

Zu Art. 3:

Diese Bestimmung enthält die Ablehnungsgründe, wobei die in Abs. 2 angeführten Gründe lediglich fakultativer Art sind. Nach Abs. 1 wird die Auslieferung in folgenden Fällen nicht bewilligt:

- Wegen politischer strafbarer Handlungen (dabei wird klargestellt, daß die vollendete oder versuchte vorsätzliche Tötung eines Staatsoberhauptes oder eines Mitglieds seiner Familie nicht als politische Handlung anzusehen ist);
- wenn die auszuliefernde Person im ersuchenden Staat einer politischen Verfolgung im weiteren Sinn ausgesetzt wäre;
- wegen ausschließlich militärischer strafbarer Handlungen;
- wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden Handlung im ersuchten Staat ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist. Dieser Ablehnungsgrund ergibt sich aus dem Grundsatz *ne bis in idem*; und
- wenn hinsichtlich der dem Ersuchen zugrundeliegenden Handlung im ersuchenden Staat Verfolgungs- oder Vollstreckungsverjährung eingetreten ist.

Nach Abs. 2 kann die Auslieferung darüber hinaus in folgenden Fällen abgelehnt werden:

- Wenn die auszuliefernde Person ein Staatsangehöriger des ersuchten Staates ist. Im Hinblick auf die im Verfassungsrang stehende Bestimmung des § 12 Abs. 1 des Auslieferungs- und Rechtshilfegesetzes (ARHG) vom 4. Dezember 1979, BGBl. Nr. 529/1979, wonach die Auslieferung österreichischer Staatsbürger unzulässig ist, wird Österreich die Auslieferung in einem solchen Fall regelmäßig ablehnen und die Angelegenheit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden zur allfälligen Einleitung eines Strafverfahrens wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden Handlung unterbreiten (“aut dedere aut iudicare”);
- bei Vorliegen einer eigenen Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates hinsichtlich der dem Ersuchen zugrundeliegenden Handlung;
- wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung im ersuchenden Staat mit der Todesstrafe bedroht ist;
- bei Vorliegen eines Abwesenheitsurteils; oder
- bei Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils eines Drittstaats hinsichtlich der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden Handlung, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen.

Zu Art. 4:

Diese Bestimmung regelt den Geschäftsweg für Ersuchen um Auslieferung und den nachfolgenden Schriftverkehr. Danach sind in erster Linie die Justizministerien der Vertragsparteien zuständig. Der diplomatische Weg wird dadurch allerdings nicht ausgeschlossen.

Zu Art. 5:

Art. 5 stellt klar, welche Unterlagen einem Ersuchen um Auslieferung anzuschließen sind. Dabei enthält Abs. 1 generelle Regelungen, während Abs. 2 Ersuchen um Auslieferung zur Strafverfolgung und Abs. 3 Ersuchen um Auslieferung zur Strafvollstreckung betrifft. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Bestimmung des Abs. 2 lit. b, die eine Abschwächung des Grundsatzes der “*prima facie evidence*” enthält. Dabei wird klargestellt, daß, sofern das Recht des ersuchten Staates die Übermittlung von Beweismitteln erfordert, die die Versetzung der gesuchten Person in den Anklagestand rechtfertigen würden, eine Sachverhaltsdarstellung, welche die Beweismittel anführt, im Auslieferungsverfahren im ersuchten Staat als Beweis zugelassen wird. Voraussetzung ist lediglich, daß der zuständige Richter oder Staatsanwalt bescheinigt, daß die in der Sachverhaltsdarstellung angeführten Beweismittel entsprechend dem Recht des ersuchenden Staates erlangt wurden.

Nach Abs. 4 ist den Auslieferungsunterlagen eine Übersetzung in eine der offiziellen Sprachen des ersuchten Staates anzuschließen.

Nach Abs. 5 werden alle von einer Justizbehörde des ersuchenden Staates stammenden Unterlagen, die zur Unterstützung eines Auslieferungsersuchens übermittelt werden, im Auslieferungsverfahren im ersuchten Staat auch dann als Beweismittel zugelassen, wenn sie nicht unter Eid oder als eidesstattliche Erklärung abgegeben wurden. Durch diese Bestimmung wird es in Zukunft nicht mehr erforderlich sein,

einem Auslieferungersuchen im Verhältnis zu Kanada beeidete Zeugenvernehmungsprotokolle anzuschließen.

Abs. 6 statuiert die Entbehrlichkeit besonderer Beglaubigungserfordernisse.

Zu Art. 6:

Nach dieser Bestimmung hat der ersuchte Staat die Möglichkeit, den ersuchenden Staat unter Fristsetzung um Übermittlung ergänzender Informationen zu ersuchen.

Zu Art. 7:

Dieser Artikel sieht im Falle der Zustimmung der auszuliefernden Person die Möglichkeit der vereinfachten Auslieferung unabhängig vom Vorliegen der in Art. 5 erwähnten formellen Auslieferungunterlagen vor. Eine ähnliche Regelung ist in § 32 ARHG enthalten, wobei die Zustimmung durch den Auszuliefernden nur nach entsprechender Rechtsbelehrung durch den Untersuchungsrichter rechtswirksam erklärt werden kann. Abs. 2 stellt klar, daß auch im Falle einer Auslieferung im vereinfachten Verfahren der in Art. 13 normierte Grundsatz der Spezialität Anwendung findet, sofern der ersuchte Staat nicht vor der Übergabe erklärt, auf dessen Einhaltung zu verzichten.

Zu Art. 8:

Diese Bestimmung sieht die Möglichkeit eines Ersuchens um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft vor, ohne daß bereits zu diesem Zeitpunkt ein formelles Auslieferungersuchen samt den in Art. 5 erwähnten Unterlagen übermittelt werden muß. Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Angelegenheit kann ein derartiges Ersuchen auch auf dem Interpolweg übermittelt werden.

Abs. 2 stellt klar, welche Informationen ein Ersuchen um vorläufige Verhaftung zu enthalten hat. Nach Abs. 4 wird die auf Grund eines Ersuchens um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft festgenommene Person enthaftet, wenn das formelle Auslieferungersuchen dem ersuchten Staat nicht innerhalb von 60 Tagen nach der Verhaftung zugekommen ist. Dabei wird klargestellt, daß diese Bestimmung eine vorherige Enthaftung unter Anwendung gelinderer Mittel nicht ausschließt. Aus Abs. 6 ergibt sich, daß im Falle des nachträglichen Einlangens des Auslieferungersuchens die neuerliche Verhaftung der gesuchten Person zwecks Durchführung eines Auslieferungsverfahrens möglich ist.

Zu Art. 9:

Diese Bestimmung betrifft den Fall, daß ein Staat Ersuchen zweier oder mehrerer Staaten um Auslieferung derselben Person erhält. In Abs. 2 werden dabei jene Kriterien angeführt, die für die Entscheidung, welchem der (zulässigen) Auslieferungersuchen der Vorrang einzuräumen ist, relevant sind.

Zu Art. 10:

Nach Abs. 1 dieser Bestimmung hat der ersuchte Staat den ersuchenden Staat von der Entscheidung über das Auslieferungersuchen in Kenntnis zu setzen. Dabei wird klargestellt, daß jede Ablehnung der Auslieferung zu begründen ist und auch eine Mitteilung über die im ersuchten Staat in Auslieferungshaft verbrachte Zeit zu erfolgen hat (Abs. 2).

Die restlichen Absätze dieses Artikels betreffen die Übergabemodalitäten. Dabei wird im Hinblick auf die räumliche Entfernung zwischen der Republik Österreich und Kanada davon ausgegangen, daß die Überstellung regelmäßig auf dem Luftweg stattfinden wird, wobei Beamte des ersuchenden Staates zwecks Abholung der auszuliefernden Person in den ersuchten Staat kommen müssen. Wird die Person nicht innerhalb eines vom ersuchten Staat zu bestimmenden angemessenen Zeitraums übernommen, so kann dieser nach Abs. 4 die Auslieferung wegen der betreffenden Straftat ablehnen. Abs. 5 regelt den Fall, daß die Übergabe oder Übernahme der auszuliefernden Person infolge höherer Gewalt verhindert wird.

Zu Art. 11:

Dieser Artikel betrifft den Fall, daß gegen die gesuchte Person im ersuchten Staat ein Inlandsstrafverfahren wegen einer anderen als der dem Auslieferungersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlung anhängig ist oder daß sich diese zur Verbüßung einer in einem derartigen Inlandsstrafverfahren verhängten Freiheitsstrafe in Strafhaft befindet. In einem solchen Fall kann der ersuchte Staat nach Entscheidung über das Auslieferungersuchen entweder die Auslieferung bis zur Beendigung des Strafverfahrens bzw. bis zur Verbüßung der verhängten Freiheitsstrafe aufschieben oder die gesuchte Person dem ersuchenden Staat zur Durchführung von dessen Strafverfahren zeitweilig unter der Bedingung der nachfolgenden Rücküberstellung übergeben.

Zu Art. 12:

Diese Bestimmung betrifft die sogenannte Sachauslieferung, das ist die Ausfolgung von Gegenständen, einschließlich Geldbeträgen, in Zusammenhang mit der Durchführung einer Auslieferung. Derartige Gegenstände, die als Beweis der strafbaren Handlung dienen können oder aus einer solchen herrühren und sich im Besitz der gesuchten Person befinden, werden in der Regel zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben. Eine Ausnahme besteht nur für den Fall, daß die Auslieferung bereits bewilligt wurde, aber wegen des Todes oder der Flucht der auszuliefernden Person nicht durchgeführt werden kann (Abs. 4).

Unterliegen die betreffenden Gegenstände im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates der Beschlagnahme oder Einziehung, so werden sie unter der Bedingung der Rückstellung übergeben. Entsprechendes gilt für den Fall, daß Rechte dritter Personen an den Gegenständen bestehen.

Zu Art. 13:

Dieser Artikel enthält den Grundsatz der Spezialität. Nach Abs. 1 darf eine nach diesem Vertrag ausgelieferte Person wegen einer anderen, vor der Übergabe begangenen Handlung weder verfolgt noch einer Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, sofern nicht der ersuchte Staat seine Zustimmung erteilt. Abs. 2 stellt klar, welche Unterlagen einem derartigen Ersuchen anzuschließen sind.

Abs. 3 enthält eine Spezialitätsregelung auch für den Fall, daß die der ausgelieferten Person zur Last gelegte strafbare Handlung in der Folge im ersuchenden Staat rechtlich anders gewürdigt wird, und statuiert die Voraussetzungen, unter denen die strafbare Handlung nach ihrer neuen rechtlichen Würdigung verfolgt oder abgeurteilt werden kann.

Abs. 4 enthält Ausnahmen von dem in Abs. 1 geregelten Spezialitätsgrundsatz.

Zu Art. 14:

Diese Bestimmung betrifft die Weiterlieferung an einen dritten Staat. Es handelt sich dabei um die spätere Auslieferung des Ausgelieferten durch den Staat, an den zunächst ausgeliefert wurde, an einen Drittstaat. Die Beschränkungen der Weiterlieferung folgen aus dem Grundsatz der Spezialität. Sie gelten daher – wie diese – nur für strafbare Handlungen, die vor der Übergabe an den Staat, an den zunächst ausgeliefert wurde, begangen wurden. In einem solchen Fall muß der zuletzt erwähnte Staat um Bewilligung der Weiterlieferung ersucht werden, wobei er die Vorlage der vom dritten Staat übermittelten Auslieferungsunterlagen verlangen kann (Abs. 2).

Ebenso wie bei dem in Art. 13 geregelten Spezialitätsgrundsatz ist ein Ersuchen um Bewilligung der Weiterlieferung in bestimmten Fällen entbehrlich. Diese werden in Abs. 1 lit. b angeführt.

Zu Art. 15:

Diese Bestimmung regelt die Durchlieferung durch das Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien zum Zwecke der Effektivierung der Auslieferung an einen Drittstaat. Im Hinblick darauf, daß die Durchlieferung weniger strengen Bedingungen als die Auslieferung unterliegt, bestimmt Abs. 1, daß ein Ersuchen um Durchlieferung lediglich die in Art. 8 Abs. 2 erwähnten Angaben zu enthalten hat.

Abs. 2 stellt klar, daß eine Durchlieferungsbewilligung nicht erforderlich ist, wenn die Überstellung auf dem Luftweg erfolgt und keine Zwischenlandung im Hoheitsgebiet des Durchlieferungsstaates vorgesehen ist. Kommt es in der Folge dennoch zu einer unvorhergesehenen Zwischenlandung in diesem Staat, so kann dieser die Übermittlung des in Abs. 1 erwähnten Ersuchens um Bewilligung der Durchlieferung verlangen. Um dem ersuchenden Staat dessen Übermittlung zu ermöglichen, ist die in Durchlieferung befindliche Person im Durchlieferungsstaat für maximal 72 Stunden in Haft zu halten.

Zu Art. 16:

Dieser Artikel betrifft die Frage der Kostentragung im Zusammenhang mit einem Auslieferungsersuchen. Dabei wird festgelegt, daß diese in der Regel vom ersuchten Staat zu tragen sind. Lediglich die durch die Beförderung der auszuliefernden Person aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates entstehenden Kosten sind vom ersuchenden Staat zu tragen.

Zu Art. 17:

Diese Bestimmung betrifft die Verfahrensführung im Zusammenhang mit einem Auslieferungsersuchen.

Zu Art. 18:

Diese Bestimmung enthält die üblichen Schlußbestimmungen.